

Synthesebericht Innovationspark

Businessflüge weg vom Fenster

Dank dem Widerstand der Anliegergemeinden und dem Nein von Umweltministerin Simonetta Sommaruga zu einem Flughafen für Geschäftsfliegerei wurde der Weg frei zu einer neuen Ausrichtung. Für den «Synthesebericht» zur Weiterentwicklung von Innovationspark und Flugplatz wurden vom Kanton endlich alle betroffenen Kreise und insbesondere auch die Anliegergemeinden in den Planungsprozess einbezogen. Das Resultat lässt sich sehen, lässt aber auch noch viele Fragen offen.

Neben einer ausführlichen Auslegeordnung hat man sich auf gewisse Grundprinzipien geeinigt. Die Geschäftsfliegerei als Dépendance des Flughafens Kloten ist endgültig vom Tisch. Der Vorschlag des Syntheseberichts, den Innovationspark mit einem Flugfeld zu verbinden, wo Forschungs- und Werkflüge sowie eine begrenzte militärische Nutzung erlaubt wären, kommt dem Konzept der Anliegergemeinden sehr nahe. Dieses wurde auch von der SP unterstützt. Die SP legt aber Wert darauf, dass die Flugbewegungen tatsächlich strikt begrenzt werden und so eine Businessfliegerei «durch die Hintertür» verunmöglicht wird. Eine Subventionierung des (privaten) Flugbetriebs durch die Gemeinden und/oder Kanton lehnt die SP aufgrund der neuen Situation ab.

Die SP begrüsst die Vorschläge im Synthesebericht, den Innovationspark nachhaltig zu bewirtschaften, einen grossen Teil des Areals als Naturschutzgebiet zu bewahren und Teile auch für die Öffentlichkeit und Freizeitnutzung zu öffnen.

Verkehr und Wohnen ungelöst

Sehr kritisch steht die SP der Dimension des Innovationsparks und den Vorstellungen des Syntheseberichts betreffend Wohnen und Arbeiten gegenüber. Wenn im Bericht von einem Szenario von «10'000 bis 14'000 Forschenden» auf dem Areal ausgegangen wird, sind grosse Verkehrsprobleme und Wohnungsnot vorprogrammiert. Zwar postulierte der Bericht, dass wenn immer möglich Wohnen und Arbeiten zusammengelegt und für die Forschenden kurzfristige Wohnangebote wie Hotels etc. angeboten werden sollen. Was aber völlig ausgeklammert wird, ist die Tatsache, dass über 10'000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Forschung ein Heer von zusätzlichen Beschäftigten nach sich ziehen wird. Nämlich diejenigen die bauen, putzen, die Kinder betreuen, die Liegenschaften und Grünanlagen unterhalten, Reparaturen ausführen, im Restaurant- und Hotelservice sowie in den vorgesehenen, zusätzlichen Läden arbeiten.

Die SP fordert deshalb, dass bei der Planung nicht nur temporäre Wohnmöglichkeiten für Forschende vorgesehen werden, sondern auch bezahlbare Wohnungen für Personen, die dauerhaft in der Region wohnen und arbeiten. Hierfür müssen auf dem Areal des Flugplatzes und den angrenzenden Gebieten genügend Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau ausgeschieden werden. Zu erinnern ist dabei an die von den Wohnbaugenossenschaften und der SP einst vorgelegten Ideen «Innovativ Wohnen auf dem Flugplatz».

SP Dübendorf